

## Pressemitteilung

### Öffentliche Präsentation: Internationale Umfrage zu Identitätskonflikten

**Exzellenzcluster lädt am Montag zu Präsentation und Diskussion der bislang umfassendsten Erhebung zu Identitätskonflikten ein – Erstmals Nachweis einer Spaltung in verfestigte Lager: ‚Verteidiger‘ und ‚Entdecker‘ – „Politik sollte sich nicht auf eine Seite schlagen“**

**Münster, 18. Juni 2021 (exc)** Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Universität Münster lädt am Montag, 21. Juni, um 18.15 Uhr in Zoom zur öffentlichen Präsentation und Diskussion der bisher umfassendsten Bevölkerungsumfrage zu Identitätskonflikten in europäischen Gesellschaften ein. Die Erhebung weist erstmals eine identitätspolitische Spaltung europäischer Gesellschaften nach. „Wir sehen zwei ausgeprägte Gruppen mit entgegengesetzten Positionen, die wir ‚Verteidiger‘ und ‚Entdecker‘ nennen“, sagt der Psychologe und Sprecher des Forscherteams Prof. Dr. Mitja Back. „Es zeigt sich eine neue Konfliktlinie zwischen den Gruppen, die fast spiegelbildliche Positionen etwa zu Fragen der nationalen Zugehörigkeit, Bedrohung und Benachteiligung vertreten.“ Autoren der Untersuchung sind die Soziologen Prof. Dr. Detlef Pollack und Dr. Olaf Müller, die Psychologen Prof. Dr. Mitja Back und Prof. Dr. Gerald Echterhoff und der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Bernd Schlipphak. Sie leiten aus der Erhebung politische Effekte und Empfehlungen ab. Die Ergebnisse werden mit dem Hans-Blumenberg-Gastprofessor Prof. Dr. Marc Helbling diskutiert.

Interessierte können sich bis Sonntag unter [veranstaltungenEXC@uni-muenster.de](mailto:veranstaltungenEXC@uni-muenster.de) anmelden. Infos zur Erhebung finden sich unter [religion-und-politik.de/identitaetskonflikte](http://religion-und-politik.de/identitaetskonflikte), auch Infografiken und der Working Report „[Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung](#)“, der die Umfrageergebnisse auswertet.

Die beiden Lager stellen in allen Ländern zusammen einen nennenswerten Bevölkerungsanteil dar, in Deutschland sind es mehr als ein Drittel. In einem semi-autoritär geführten Land wie Polen, das Verteidiger-Meinungen den Forschern zufolge populistisch stützt, liegt der Anteil beider Gruppen zusammen bei 72%. „Das zeigt, wie weit der Konflikt in einem Land gehen kann: Die polarisierten Positionen können sich zur Mehrheit ausweiten“, so Mitja Back. An der Umfrage, die der Exzellenzcluster mit „Kantar Deutschland“ Ende 2020 durchführte, beteiligten sich 5.011 Menschen in Deutschland, Frankreich, Polen und Schweden. Aus den Ergebnissen zu gut 20 Faktoren bildeten die Forscher in Clusteranalysen Gruppen, deren Mitglieder sehr ähnliche Haltungen zeigen, und die als Gruppen wiederum starke Unterschiede untereinander aufweisen. Das ergab das Muster ‚Entdecker‘ und ‚Verteidiger‘.

Die Gruppe der ‚Verteidiger‘ steht in allen Ländern für ein enges Konzept der Zugehörigkeit zum eigenen Land, wonach nur dazugehört, wer im Land geboren wurde, Vorfahren der ethnisch-nationalen Mehrheit hat und/oder der dominanten Religion angehört. Sie verteidigt somit

traditionelle Kriterien wie ethnische und religiöse Homogenität. Zugleich fühlen sich ‚Verteidiger‘ durch Fremde wie Muslime und Geflüchtete bedroht sowie selbst benachteiligt. Sie sind unzufriedener mit der Demokratie und misstrauischer gegenüber politischen Institutionen.

Die Gruppe der ‚Entdecker‘ hingegen lehnt ein enges Konzept von Zugehörigkeit nach ethnisch-religiösen Kriterien ab. Sie entdeckt Zuwanderung und wachsende Vielfalt als Chance und plädiert für eine Gesellschaft mit vielen gleichberechtigten Lebenskonzepten. ‚Entdecker‘ sind zufriedener mit der Demokratie und vertrauen eher den politischen Institutionen. In Polen jedoch, einem semi-autoritär regierten Land, in dem die Regierung Positionen der ‚Verteidiger‘ nach ethnisch-religiöser Homogenität und Schutz vor Fremden populistisch unterstützt, fühlen sich auch die ‚Entdecker‘ benachteiligt und sind unzufrieden mit der Demokratie und Regierung. Auch in kultureller, religiöser, psychologischer und sozialer Hinsicht unterscheiden sich die Gruppen.

### **Politische Effekte und Empfehlungen**

Der kulturelle Konflikt hat zugleich starke politische Effekte: ‚Verteidiger‘ bevorzugen populistische Parteien und sprechen sich deutlich eher für das Konzept eines „starken Führers“ aus, sie neigen auch zu Verschwörungstheorien und sind offener für Elemente einer direkten Demokratie. ‚Entdecker‘ vertreten eher gegensätzliche Meinungen. „Gesellschaften setzen sich immer aus einer Mischung von ‚Entdeckern‘ und ‚Verteidigern‘ zusammen. Im Gegensatz zu materiell basierten Konflikten ist der Identitätskonflikt schwerer verhandelbar, da psychologische Grundbedürfnisse zugrunde liegen: bei den ‚Verteidigern‘ sind es Bedürfnisse nach Sicherheit und Stabilität, bei den ‚Entdeckern‘ Offenheit und Veränderung“, so Mitja Back. Verfestigt werde der Identitätskonflikt auch durch Globalisierungseffekte wie Migration und Pandemie.

Der Politik empfehlen die Forscher, sich nicht auf eine Seite der polarisierten Positionen zu schlagen, sondern die zugrundeliegenden psychologischen Bedürfnisse auf beiden Seiten ernst zu nehmen. Es gelte, die teils weit auseinanderliegenden Forderungen beider Gruppen je auf den funktionalen Kern zurückzuführen. „Nur so lässt sich eine Grundlage für Kompromisse finden, die derzeit noch unmöglich erscheinen, sowie Raum für einen Dialog ohne Abwertung.“ (apo/vvm)

**Anmeldung:** zur Teilnahme per Zoom bis Sonntag unter [veranstaltungenEXC@uni-muenster.de](mailto:veranstaltungenEXC@uni-muenster.de)

**Website zur Erhebung:** [religion-und-politik.de/identitaetskonflikte](http://religion-und-politik.de/identitaetskonflikte)

**Literaturhinweis:** Working Report „Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung“ auf miami, dem Publikationsserver der WWU Münster, DOI: 10.17879/97049506223 (<https://dx.doi.org/10.17879/97049506223>)

**BU zu Bildern im Anhang:** Psychologe Prof. Dr. Mitja Back, Sprecher des Forscherteams (Foto: privat); Keyvisual zur Erhebung „Von Verteidigern und Entdeckern“ des Exzellenzclusters „Religion und Politik“

**Downloads im Cluster-Web:** [Infografiken und Fotos aller beteiligten Forscher](#); [Working Report „Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung“](#)

**Kontakt:** Viola van Melis, Leitung Zentrum für Wissenschaftskommunikation  
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“, Universität Münster  
Johannisstraße 1, 48143 Münster  
Tel.: 0251/83-23376, religionundpolitik@uni-muenster.de  
Twitter: @religionpolitik  
Instagram: @religionundpolitik  
Web: www.religion-und-politik.de

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

### **Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der WWU Münster**

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik. Dynamiken von Tradition und Innovation“ der Universität Münster untersucht seit 2007 das komplexe Verhältnis von Religion und Politik quer durch die Epochen und Kulturen. Die 140 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und 10 Ländern befassen sich in der Förderphase von 2019 bis 2025 besonders mit „Dynamiken von Tradition und Innovation“. In epochenübergreifenden Untersuchungen von der Antike bis heute analysieren sie Faktoren, die Religion zum Motor politischen und gesellschaftlichen Wandels machen. Das Augenmerk gilt vor allem dem Paradox, dass Religionen ihr Innovationspotential regelmäßig im Rückgriff auf ihre Traditionen entwickeln. Die Forschenden konzentrieren sich auf die monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam und ihre polytheistischen Vorläufer. Im Zentrum des Interesses stehen Europa und der Mittelmeerraum sowie deren Verflechtungen mit Vorderasien, Afrika, Nord- und Lateinamerika. Der Forschungsverbund ist der bundesweit größte dieser Art und unter den Exzellenzclustern in Deutschland einer der ältesten und der einzige zum Thema Religion. Das Fördervolumen von 2019 bis 2025 liegt bei 31 Millionen Euro.